

Stadt Hilden

Niederschrift

über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz am Donnerstag, 18.08.2022 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Klaus-Dieter Bartel Bündnis 90/Die Grünen

stell. Vorsitz

Herr Kevin Peter Schneider CDU

Ratsmitglieder

Herr Matthias Schumann CDU
Frau Sandra Kathrin Wiemers CDU
Frau Kimberly Lynn Bauer SPD
Frau Henrike Lindenberg SPD
Frau Dorothea Spielmann-Locks BÜRGERAKTION
Herr Carsten Wannhof SPD
Frau Helen Kehmeier Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger/innen

Frau Hannah Hammer SPD
Herr Jan Volkenstein Bündnis 90/Die Grünen
Herr Luca Gerbl FDP

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden
Herr Peter Palitza Stadt Hilden
Herr Uwe Schielke Stadt Hilden
Frau Sabine Waiss

Vertretung

Frau Susanne Brandenburg CDU
Frau Heike Richarz Allianz für Hilden
Herr Michael Wegmann CDU
Herr Axel Hoffmeister AfD

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

- 1 Befangenheitserklärungen

Einwohnerfragestunde

- 2 Antrag gemäß § 24 GO: WP 14-20 SV 68/061/1
Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden
- 3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.06.2022: WP 20-25 SV IV/018/1
Klimaneutralität bis 2035
- 4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.07.2022: WP 20-25 SV 61/085
Prüfung von Standorten für Windenergieanlagen
- 5 Antrag der Fraktion BA zur Tagesordnung: WP 20-25 SV 66/047
Baumfällungen am Johann-Strauss-Weg und zur Situation der
Straßenbäume in Hilden
- 6 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.22: Errichtung von Nistkästen WP 20-25 SV 68/020
- 7 Antrag der FDP Fraktion vom 19.05.2022: Einrichtung von Hun- WP 20-25 SV 68/021
deservice-Stationen
- 8 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2022: Einrichtung einer WP 20-25 SV 12/019
Stelle Garten- und Landschaftsarchitektur
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Nicht öffentliche Sitzung

- 11 Befangenheitserklärungen
- 12 Erfahrungsbericht zur Erstellung einer Treibhausgas (THG) -Bilanz WP 20-25 SV IV/019
der Stadt Hilden
- 13 (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 14 (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Öffentliche Sitzung:

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Nach kurzer von Frau Spielmann-Locks (BÜRGERAKTION) initiiertes Diskussion, ob die Beratung der Sitzungsvorlage WP 20-25 SV IV/019 „Erfahrungsbericht zur Erstellung einer Treibhausgas (THG) - Bilanz der Stadt Hilden“ (TOP 12) in den öffentlichen Teil der Sitzung verschoben werden sollte, wurde die vorgelegte Tagesordnung ohne Änderung akzeptiert.

1 Befangenheitserklärungen

keine

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde die Sitzung um 17:45 Uhr unterbrochen. Frau Claudia Roth, Krabbenbrug 29 erkundigte sich, warum am Südfriedhof die Grünpflege mit propangasbetriebenen Geräten durch Abflämmen erfolge.

Herr Stuhlträger erläuterte für die Verwaltung, dass die Grünpflege nach aktuellem Stand der Technik erfolge und die wissenschaftlichen Grundlagen berücksichtige. Dies sehe durchaus auch den Einsatz von gasbetriebenen Geräten vor.

Zusätzlich erkundigte sich Frau Roth, wer für die Grünpflege auf den städtischen Liegenschaften zuständig sei und wie die Bewässerung von Bäumen sichergestellt sei. Herr Stuhlträger stellte dar, dass es hinsichtlich der Zuständigkeiten individuelle Regelungen je Liegenschaft gäbe. Mit dem Gießkonzept sei sichergestellt, dass junge Bäume bis zum Alter von 5 Jahren regelmäßig mit Wasser versorgt würden. Danach seien die Bäume in der Lage, sich selbst ausreichend mit Wasser zu versorgen. Bei ihrer Nachfrage verwies Frau Roth auf einen Baum im Bereich des Südfriedhofes sowie auf Bäume im Bereich Holterhöfchen. Herr Stuhlträger bat Frau Roth, ihm diese Bäume im Nachgang zur Sitzung genau zu bezeichnen, damit er den Sachverhalt aufklären und ihr erklären könne.

2 Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden

WP 14-20 SV 68/061/1

Bündnis 90/Die Grünen stellten dar, dass es noch weiteren Beratungsbedarf mit und auch zwischen den muslimischen Vereinen gebe, damit eine einvernehmliche Lösung zur Gründung eines muslimischen Friedhofs in Hilden gefunden werden könne. Aus diesem Grund beantragte die Fraktion eine Vertagung in die nächste Sitzung. Die Vertagung wurde einstimmig beschlossen.

Für die Antragstellerin erläuterte Frau Kehmeier (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), dass mit dem zur Beratung vorgelegten Antrag festgeschrieben werden solle, dass Bevölkerung, lokale Industrie und Gewerbe sowie die Stadtverwaltung mit ihren Konzerntöchtern alles unternehmen sollten, um den Klimawandel zu begrenzen. Es sei festzulegen, wo Treibhausgas-Emissionen reduziert werden könnten. Die notwendigen Maßnahmen seien zu bündeln.

Herr Stuhlträger wies daraufhin, dass der Bundes- und Landesgesetzgeber nicht mehr den absoluten Wert der Treibhausgas-Emission in den Vordergrund stelle, sondern Reduktionsziele in gesetzlich spezifizierten Sektoren vorgebe. Hier könne die Stadtverwaltung in den Sektoren Verkehr mit der bereits beschlossenen Prüfung der Umstellung der Antriebstechnik sowie Gebäude mit der laufenden energetischen Sanierung ihrer Gebäude und der Nutzung von solarer Strahlungsenergie ihren Beitrag leisten. Der Anteil der Stadtverwaltung an den Treibhausgas-Emissionen der Gesamtstadt sei aber sehr gering.

Herr Wannhof (SPD) hob den appellativen Charakter des Antrags hervor. Der Antrag sei der richtige Weg, um ein Gesamtkonzept für die Stadt zu erstellen.

Herr Schumann (CDU) wies darauf hin, dass der Bundes- und Landesgesetzgeber mit ihren Reduktionsvorgaben messbare Ziele vorgebe, die für jeden gültig seien. Dieser vom Gesetzgeber beschrittene Weg sei der zielführende und ausreichende Weg, um das Klima zu schützen.

Frau Spielmann-Locks (BÜRGERAKTION) und Herr Gerbl (FDP) bedauerten, dass keine belastbare Datengrundlage zu den Treibhausgas-Emissionen vorliege. Sie unterstützten den Antrag.

Erläuterungen zum Antrag:

Wie Bund und Land stehen auch die Kommunen in der Verantwortung möglichst bald Klimaneutralität herzustellen. Dazu muss ein Fahrplan entwickelt werden, der die dafür notwendigen Schritte verbindlich vorschreibt. Nach Vorliegen des städtischen Mobilitätskonzepts ist der Maßnahmenkatalog entsprechend zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

Ja: 9 (Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD, BA, FDP)

Nein: 6 (CDU, AfD)

Enth.: 0

Bündnis 90/Die Grünen begründeten den Antrag und erklärten diesen aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt.

Zu dem Tagesordnungspunkt brachte die BA einen Änderungsantrag ein:

„Abweichend vom Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage 20-25 SV 66/047 möge der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließen:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen, die der sogenannten Optimierung von Straßenbaum-Standorten dienen sollen, zur Abstimmung dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und/oder dem Stadtentwicklungsausschuss vorzustellen.““

Die BA begründete den Antrag und führte aus, dass sich die Kriterien im Umgang mit Bäumen geändert haben. Die Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger:innen müsse verbessert werden, mit Baumfällungen dürften Bürger:innen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Herr Stuhlträger wies darauf hin, dass das Thema laut Zuständigkeitsordnung im Stadtentwicklungsausschuss zu beraten sei. Die hierfür zu erstellende Sitzungsvorlage würde den Antrag der BA berücksichtigen.

Nach kurzer Diskussion wurde der Antrag an den Stadtentwicklungsausschuss verwiesen.

6 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.05.22: Errichtung von Nistkästen WP 20-25 SV 68/020

Ratsmitglied Schumann (CDU) dankte für die Erläuterungen in der Sitzungsvorlage. Vor diesem Hintergrund und nach Rücksprache mit Vertretern des Hegering Hildens änderte er für die Antragstellerin den Antrag wie folgt:

„Die CDU Hilden beantragt, dass die Stadt Hilden 20 Nistkästen erwirbt und diese dem Hegering Hilden zur Verfügung stellt, damit diese die 20 Nistkästen auf dem Nordfriedhof aufhängt und sie anschließend unterhält, d.h. einmal jährlich vor der Brutzeit reinigt und auf mögliche Abnutzungen kontrolliert.“

Frau Kehmeier (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) erläuterte, dass es auch aus Sicht der Naturschutzverbände vor dem Hintergrund der Brutmöglichkeiten auf den städtischen Friedhöfen nicht erforderlich sei, Nistkästen aufzuhängen. Wenn der Hegering dies ehrenamtlich durchführen möchte, sei ihre Fraktion mit dem geänderten Beschlussvorschlag einverstanden.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜRGERAKTION bestätigte Herr Schumann (CDU), dass der Hegering zugestimmt habe, das Aufhängen und die Reinigung der Nistkästen zu übernehmen.

Geänderter Antragstext:

„Die CDU Hilden beantragt, dass die Stadt Hilden 20 Nistkästen erwirbt und diese dem Hegering Hilden zur Verfügung stellt, damit diese die 20 Nistkästen auf dem Nordfriedhof aufhängt und sie anschließend unterhält, d.h. einmal jährlich vor der Brutzeit reinigt und auf mögliche Abnutzungen kontrolliert.“

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext einstimmig beschlossen

Ja: einstimmig

Nein: 0

Enth.: 0

7 Antrag der FDP Fraktion vom 19.05.2022: Einrichtung von Hundeservice-Stationen WP 20-25 SV 68/021

Für die Antragstellerin erläuterte Herr Gerbl (FDP), dass zusätzliche Hundekottütenspender einen Beitrag darstellten, um das größer werdende Verschmutzungsproblem durch Hundekot im öffentlichen Raum zu reduzieren.

Herr Stuhlträger wies unter Bezugnahme auf die Berichterstattung der Rheinischen Post darauf hin, dass die Stadt Düsseldorf keine neuen Hundekottütenspender aufstelle, weil dieses Serviceangebot nicht zur Reduzierung der Verschmutzung geführt habe.

In der folgenden Diskussion, an der sich Frau Spielmann-Locks (BÜRGERAKTION), Herr Gerbl (FDP), Herr Schumann (CDU), Frau Stroth (SPD) sowie Frau Kehmeier (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) beteiligten, wurde deutlich gemacht, dass nur neue oder größere Mülleimer an den häufig genutzten Hundeausführstrecken helfen würden, mehr Hundekot ordnungsgemäß zu entsorgen.

Für die Antragstellerin schloss sich Herr Gerbl (FDP) daraufhin der vorgeschlagenen Änderung des Antragstextes an, dass die Punkte 1 und 2 ersatzlos entfallen und der Punkt 3 wie folgt umformuliert wird:

Geänderter Antragstext:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo an viel genutzten Hundeausführstrecken neue Abfallbehälter aufgestellt oder wie die Kapazität der dort stehenden Abfallbehälter erhöht werden kann. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz zur Beratung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Mit geändertem Antragstext einstimmig beschlossen

Ja: einstimmig
Nein: 0
Enth.: 0

8 Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2022: Einrichtung einer Stelle Garten- und Landschaftsarchitektur WP 20-25 SV 12/019

Frau Kehmeier (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) ergänzte für die Antragstellerin die Begründung. Aus Sicht ihrer Fraktion müsse der Stadtverwaltung im Hinblick auf den Klimawandel mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um die konzeptionelle Grünflächenplanung und die Entwicklung und Umsetzung eines Stadtbaumkonzeptes zu verstärken.

Nach kurzer Diskussion, an der sich Frau Stroth und Herr Wannhof (SPD), Herr Schumann (CDU), Frau Spielmann-Locks (BÜRGERAKTION) sowie Frau Kehmeier (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) beteiligten, wurde gemeinsam festgestellt, dass die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz die Einrichtung einer solchen Stelle begrüßen, aber die tatsächliche Einrichtung nur im Rahmen der Beratung über den Stellenplan 2023 erfolgen könne.

In diesem Zug modifizierte Frau Kehmeier (Bündnis '90/DIE GRÜNEN) für die Antragstellerin ihren Antrag folgendermaßen:

*„Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt, eine Stelle für eine/n weitere/n Garten- und Landschaftsarchitekt*in einzurichten, die/der unter anderem die Aufgabe hat, ein Stadtbaumkonzept zu erarbeiten, das Baumkataster auszubauen und innerstädtische Grünpotenziale zu entwickeln. Zusätzlich soll diese Person bei der Verkehrssicherung, sowie bei Regelkontrollen von Bäumen unterstützen und nötige Baumpflegemaßnahmen einleiten.“*

Sie stellte ergänzend fest, dass die in der Antragsvorlage vorgesehene selbständige Beratung des Antrags im Hauptausschuss sowie im Rat nicht erforderlich ist, wenn der Ausschuss diese Empfehlung ausspricht und das Ansinnen im Rahmen der von der Verwaltung vorzulegenden Änderungsliste zum Stellenplan beraten wird.

Geänderter Antragstext:

*„Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt, eine Stelle für eine/n weitere/n Garten- und Landschaftsarchitekt*in einzurichten, die/der unter anderem die Aufgabe hat, ein Stadtbaumkonzept zu erarbeiten, das Baumkataster auszubauen und innerstädtische Grünpotenziale zu entwickeln. Zusätzlich soll diese Person bei der Verkehrssicherung, sowie bei Regelkontrollen von Bäumen unterstützen und nötige Baumpflegemaßnahmen einleiten.“*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Ja: einstimmig
Nein: 0
Enth.: 0

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

keine

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Anträge und Anfragen der Fraktionen wurden entgegen genommen und sind dem Protokoll als Anlagen beigefügt.

Die BA kritisierte die Protokollführung, da sie ihre Ausführungen zu einzelnen Punkten nicht immer im Protokoll wiederfände. Herr Stuhlträger entgegnete für die Verwaltung, dass es sich entsprechend Geschäftsordnung um eine Ergebnisniederschrift handele und inhaltliche Einwände gegen die Niederschrift schriftlich erfolgen könnten.

Ende der Sitzung: 18:46 Uhr

Klaus-Dieter Bartel / Datum
Vorsitzender

Peter Palitza / Datum
Schriftführer

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter